

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Deutschland erhebt ab Januar LKW-Gebühren

Bonn (AP) In- und ausländische Lastwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über zwölf Tonnen müssen ab dem kommenden 1. Januar in Deutschland Autobahngebühren entrichten. Daran erinnerte das Bundesverkehrsministerium am Donnerstag in Bonn. Lastwagen mit bis zu drei Achsen müssen rund 1450 Mark, Lkw mit vier oder mehr Achsen rund 2400 Mark im Jahr zahlen.

Die Gebührenbescheinigungen können nach Angaben von Verkehrsminister Matthias Wissmann beim Bundesamt für Güterverkehr und seinen Aussenstellen sowie an den meisten Tankstellen, Raststätten, Werkstätten und Autohöfen erworben werden. Wer ohne Bescheinigung erwischt werde, müsse mit Geldbussen von bis zu 10 000 Mark rechnen.

SNB zieht erfolgreiche Beschwerdebilanz

Basel (AP) Der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) hat eine positive Beschwerdebilanz für das Jahr 1994 gezogen. Das Bundesgericht hiess 1994 zwei von fünf Beschwerden des SBN gut, wie die Naturschutzorganisation am Donnerstag mitteilte. In zwei Fällen wurde durch Verhandlung eine Lösung gefunden. Eine Beschwerde wurde vom Gericht abgewiesen. Zwei weitere Verfahren, die beim Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) hängig waren, wurden ebenfalls gütlich beendet, wie der SBN schreibt. Nach Projektverbesserungen zog der SBN seine Beschwerden zurück.

Glückwunschtelegramm künftig als Eigenkreation

Bern (AP) Gratulanten und Gratulantinnen können ihr Glückwunschtelegramm ab 1. Januar 1995 selber schreiben und gestalten. Telegramme der PTT werden in Zukunft nicht mehr per Fernschreiber, sondern per Telefax übermittelt, wie die PTT am Donnerstag mitteilte. Die Übermittlung der ersten Seite kostet 19 Franken, jede weitere Seite fünf Franken.

Telegramme können in Zukunft von jeder Poststelle in Originalform per Fax an die Zustellpoststelle übermittelt werden. Damit können auch Dokumente, Kinderzeichnungen und Skizzen per Telegramm gesendet werden. Die Telegramme werden den Adressaten in einem neugestalteten Formular mit passendem Umschlag zugestellt. Demnächst seien alle Poststellen mit einem Fax ausgerüstet, teilte die PTT mit. Die telefonische Telegrammaufgabe werde weitergeführt. Die PTT hofft, durch die neue Übermittlung wirtschaftlicher arbeiten zu können.

Wir wünschen Ihnen ein glückliches und gesundes 1995



Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan

Wirtschaftlich Schwächere vor Notfällen bei Stellenverlust schützen

Am 1. Januar 1970, also vor 25 Jahren, wurde die Arbeitslosenversicherung in Kraft gesetzt – Seither verschiedene Anpassungen

(G.M.) – Die Arbeitslosenversicherung, die am 1. Januar 1970 – also vor 25 Jahren – eingeführt wurde, hat bisher in unserem Land nur eine untergeordnete Rolle im Sozialwesen gespielt. Dank wirtschaftlicher Prosperität, die auch bei Konjunkturschwächen in Nachbarstaaten keine nennenswerten Spuren hinterliess, beschränkte sich die Arbeitslosenunterstützung im vergangenen Vierteljahrhundert weitgehend auf einen kleinen Kreis von Empfängern. Doch mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 334 Personen im Februar 1994, was die Höchstzahl seit Bestehen der Versicherung darstellt, scheint die Notwendigkeit dieses Sozialwerks gerade in einem «kleinen Jubiläumsjahr» unterstrichen zu werden.

Die Arbeitslosenversicherung wurde im Fürstentum Liechtenstein erst auf den 1. Januar 1970 eingeführt, obwohl die meisten europäischen Länder bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts entsprechende Sozialeinrichtungen schufen. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass aufgrund der starken wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg die Sicherheit der Arbeitsplätze in unserem Land als etwas Selbstverständliches galt.

Vorstösse des Arbeitervorstandes

Zwar blieben die ausländischen Vorbilder von Arbeitslosenversicherungen unserem Land nicht verborgen, doch alle Vorstösse, eine ähnliche Einrichtung in unserem Land zu schaffen, erhielten nicht die notwendige Unterstützung für die Durchsetzung. Beispielsweise wies der in den zwanziger Jahren gegründete Arbeiterverein mehrfach in Eingaben an Regierung und Landtag auf den mangelnden Arbeitsschutz hin, doch erst 1931 wurde ein entsprechender Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Das vom Landtag verabschiedete Arbeitslosengesetz fand jedoch keine Gnade vor dem Volk: Mit 653 Ja gegen 1152 Nein wurde die Vorlage wuchtig verworfen.

Zustimmung des Landtags

Nach dieser Abfuhr scheint das Thema Arbeitslosenversicherung während Jahrzehnten nicht mehr zu den aktuellen Diskussionspunkten gehört zu haben. Um die Beschäftigungslage in den wirtschaftlich harten dreissiger Jahren zu verbessern, entschlossen sich Regierung und Landtag stattdessen zur Realisierung von Notstandsprojekten, wie etwa den Bau des Binnenkanals. Erst Ende der

sechziger Jahre griff die Regierung einen Vorstoss des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) auf und legte dem Landtag eine Vorlage für die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung vor. Das Parlament verabschiedete das Gesetz am 12. Juni 1969 und setzte es auf den 1. Januar 1970 in Kraft. Das heute noch gültige Gesetz hat in der Zwischenzeit mehrere Revisionen erfahren, die vor allem der Verbesserung der Leistungen für die Arbeitslosen dienen.

Letzter Eckpfeiler der Sozialpolitik

Der damalige Landtagspräsident Dr. Alexander Frick, unter dessen Regierung in den fünfziger Jahren mit der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) der Grundstein für die soziale Absicherung der Bevölkerung durch Gesetzeswerke gelegt wurde, bezeichnete die Vorlage der Regierung als «grosse Vorlage», während FBP-Fraktionssprecher Dr. Peter Marxer ein «altes Postulat des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes» in Erfüllung gehen sah. Der VU-Abgeordnete Johann Beck, als Präsident des Arbeitnehmerverbandes massgeblich beteiligt am Vorstoss für die Schaffung dieser Versicherung, zeigte sich erfreut darüber, dass Liechtenstein nun einen

sozialen Rückstand gegenüber anderen europäischen Ländern aufhole und eine «klaffende Lücke in unserer Sozialgesetzgebung» schliesse.

Qualitative Ausgestaltung

«Durch die Schaffung dieses letzten Eckpfeilers unserer Sozialpolitik», erklärte FBP-Fraktionssprecher Dr. Peter Marxer damals, «werden wir uns in Zukunft ganz auf eine qualitative Ausgestaltung unserer Sozialpolitik konzentrieren können und müssen». Gemäss dieser Zielrichtung legte die Regierung bereits 1975 einen ersten Abänderungsantrag vor, der einerseits den Leistungsbereich zugunsten der Arbeitslosen verbesserte, andererseits aber auch den Beitragssatz dieses Umlagegesetzes erhöhte. Aufgrund der damaligen «Anzeichen der Rezession» erachtete es die Regierung als angebracht, den Schutz der Arbeitnehmer zu verbessern. Die gleiche Absicht wurde bei der jüngsten Revision des Gesetzes, die vom Landtag in seiner letzten Sitzung beschlossen wurde, in die Tat umgesetzt. Allerdings wurde auch eine Änderung vorgenommen, was als Zeichen der Zeit verstanden werden kann, die Missbräuche beim Bezug von Arbeitslosengeld verhindern soll.

Jahresrückblick 1994 in Bildern

Beilage zu der heutigen Ausgabe – Weltgeschehen, Liechtenstein, Sport in Liechtenstein



Einen nicht ganz traditionellen Jahresrückblick auf das zu Ende gehende Jahr finden Sie in der heutigen Beilage. Grössere und kleinere Ereignisse in der Welt und in Liechtenstein – dem einen oder anderen vielleicht noch im Gedächtnis – sind bildlich festgehalten. 1994 – ein Jahr der Kriege und Krisen. Ein Jahr, in dem es schwierig war, neben Schreckensmeldungen aus aller Welt auch die positiven Seiten nicht zu vergessen. Einige dieser Geschehnisse rufen wir Ihnen in unserem Jahresrückblick – natürlich ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit! – in Erinnerung.

Sehr stürmischer Jahreswechsel erwartet

Massiver Temperatursturz und Schneestürme in den Alpen

Zürich/Bern (AP) An Silvester regiert der Winter die Schweiz mit eisiger Hand. Die Meteorologen erwarten zum Jahreswechsel einen aussergewöhnlichen Temperatursturz um bis zu 15 Grad, Stürme mit bis zu 150 Kilometern pro Stunde und Schnee bis auf 600 Meter. Bis zur Neujahrsnacht dürften in den Alpen bis zu 30 Zentimeter Schnee fallen. Skifahrer können damit sogar auf Talabfahrten hoffen.

Auf Silvester hin wendet sich das Blatt, nachdem die Wintersportorte vor Weihnachten noch Schneemangel beklagten, wie Urs Keller von der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) in Zürich auf Anfrage sagte. Von Donnerstagabend bis Samstag morgen dürfte es reichlich schneien: 30 Zentimeter auf 2000 Metern und 15 Zentimeter auf 1500 Metern. Am Samstag sinke die Schneefallgrenze auf 600 Meter, so dass auch das Mittelland teilweise überzuckert werde. In der Neujahrsnacht zogen nochmals Störungen über die Schweiz. Am Sonntag und Montag werde am Alpenordhang und in der Westschweiz erneut bis zu 20 Zentimeter Schnee fallen. Lediglich rund zehn Zentimeter Neuschnee dürfte das Wallis abbekommen.

Der Wetterumschlag wird laut Keller von einem massiven Temperatursturz um bis zu 15 Grad begleitet. In den Niederungen dürften die Temperaturen von acht Grad am Donnerstag auf null Grad am Sonntag fallen.

Auf 2000 Metern gehe das Thermometer von vier auf minus elf Grad zurück, auf 1000 Metern von sieben auf minus vier Grad. Die mit 3500 Metern höchste Wetterstation am Jungfrauoch erwartet einen Temperatursturz von minus sechs auf minus 18 Grad.

Stich will Neat-Finanzierung diskutieren

Bundesratsentscheid zur Neat-Etappierung angekündigt

Bern (AP) Finanzierung und Kostendeckung der Neat sollen laut Bundespräsident Otto Stich in den anstehenden Verkehrsverhandlungen mit der EU diskutiert werden. Angesichts der Überkapazitäten sei ein Preiskampf zu erwarten, denn der Verkehr werde nicht den kürzesten, sondern den billigsten Weg wählen, sagte Stich in einem am Donnerstag veröffentlichten Zeitungsinterview.

Erneut äusserte sich der Finanzminister zur Frage der Etappierung der beiden Tunnels der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat). Die Frage werde demnächst im Bundesrat diskutiert und entschieden werden, wenn die entsprechenden Gutachten und Anträge vorlägen.

Es scheine ihm wichtig, in den Verkehrsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) auch über die Finanzierung und vor allem über die Kosten-

deckung der verschiedenen Verkehrsträger zu diskutieren und sich wenn möglich zu einigen, sagte Stich. Wenn beispielsweise der Brenner-Alptransit zu rund 30 Prozent mit Steuergeldern aus den EU-Kassen finanziert werde, gehe man vom Prinzip ab, der Verkehr werde seine Kosten selber decken.

Steuerzahler muss einspringen

Bei den bestehenden und noch zu erwartenden Überkapazitäten werde zudem ein Preiskampf stattfinden. «Wir können dann ebensowenig wie heute verhindern, dass wir umfahren werden», sagte der abtretende Bundespräsident. Denn der Verkehr werde nicht einfach den kürzesten, sondern den billigsten Weg wählen. Wenn aber die Bahn die Kosten aus den Erträgen nicht decken könne, müsse wohl oder übel der Steuerzahler einspringen.